

Eine berg- und hüttenmännische Fakultät in Münster?

Ein Plan im Widerstreit der Meinungen (1925–1930)

Um 1925 kursierte in Bergbaukreisen der aufsehen-erregende „Fall“ einer Zeche im Ruhrgebiet, bei der zehn Diplom-Ingenieure des Bergfachs eingestellt waren, die nicht Führungspositionen wahrnahmen, sondern von denen zwei als Fahrhauer und acht als Hauer arbeiten mußten¹. Es drängte eine Flut von Hochschulabsolventen, die 1918/19 ihr Studium aufgenommen hatten, in die Betriebe. Die Arbeitsmarktlage war für Ingenieure auch anderer Fachrichtungen kritisch geworden².

Der alarmierende Anstieg der Studentenzahlen war der Fachgruppe Bergbau im Reichsverband der deutschen Industrie im Sommer 1924 Anlaß, nach intensiven Beratungen öffentlich von der Aufnahme des Bergbaustudiums dringend abzuraten³. Der Jahresbedarf an Bergakademikern wurde auf rd. 400 geschätzt, und angesichts des Mißverhältnisses von Angebot und Nachfrage überrascht es nicht, daß offiziell die Herkunft der Studenten aus nicht-bergmännischen, vor allem nichtbergakademischen Familien als besonders nachteilig empfunden wurde: „Vor allem muß eine solche erneute Mahnung an diejenigen jungen Leute gerichtet werden, die nicht dem Bergbau entstammen und daher mit den allgemeinen Verhältnissen dieses zwar idealen, aber doch in mancher Hinsicht dornenvollen Berufes nicht schon durch Ueberlieferung oder Erziehung vertraut sind und eine innere Berufung und Begeisterung für dieses Studium mitbringen.“⁴

Die Reform der Technischen Hochschulen in dieser Zeit spielte in die Entwicklung mit hinein, hinzu kam ein Plan, an der Universität Münster eine berg- und hüttenmännische Fakultät zu errichten, der in erster Linie von Albert Vögler, Vorstand der Deutsch-Luxemburgischen Bergwerksgesellschaft und Vorsitzender der Gesellschaft zur Förderung der Münsteraner Universität, verfolgt wurde. Die auftretenden interessenbedingten Widerstände ließen diesen weithin unbekanntem Plan allerdings scheitern.

Zur Reform der Technischen Hochschulen nach 1918

Als den Technischen Hochschulen 1899 im Jubiläumsjahr der Technischen Hochschule Charlottenburg das Promotionsrecht zugestanden wurde, war damit zunächst vordergründig eine Gleichstellung mit den Universitäten erreicht⁵. Die Diskussion über eine Reform der Technischen Hochschulen konzentrierte sich in den ersten beiden Jahrzehnten des 20. Jahrhunderts vor allem auf deren inneren Ausbau, die Reform der Ingenieurausbildung und den gesellschaftlichen Status der Ingenieure⁶. In diesem Zeitraum konnte das berg- und hüttenmännische Studium bei folgenden Hochschulen absolviert werden: Bergakademie Freiberg (1903 Diplomingenieurexamen, 1905 Promotionsrecht in Verbindung mit TH Dresden, 1920 vollständiges Promotionsrecht), Bergakademie Clausthal (1912 Diplomingenieurexamen, 1920 Promotionsrecht), Bergbauabteilung der Technischen Hochschule Berlin (Diplom- und Promotionsrecht nach Angliederung der ehemaligen Berliner Bergakademie 1916), Abteilung für Bergbau und Hüttenkunde der Technischen Hochschule Aachen (1899 Diplomprüfung, 1903 Promotionsrecht).

Der Professor der Danziger Technischen Hochschule Heinrich Aumund wurde zum Wortführer der schon vor dem Krieg entbrannten Diskussion um eine Reform dieser Lehranstalten, die er 1921 folgendermaßen zusammenfaßte: Abbau des Leistungsnachweises auf vielen Einzelgebieten und statt dessen wissenschaftliche Vertiefung in Fachgebieten, stärkere Berücksichtigung der Grundlagenfächer und generelle Freiheit der Studiengestaltung in den höheren Semestern, zahlenmäßige Verminderung der Fachabteilung, Berücksichtigung der Betriebs- und Wirtschaftswissenschaften sowie Abstimmung des Studiums auf die Praxis⁷. Es sollten der Aufsplitterung der Hochschulen in einzelne hochspezialisierte Fachabteilungen Einhalt geboten, die „allgemeinen Wissenschaften“ und die Persönlichkeitsbildung der Studierenden stärker berücksichtigt werden⁸.

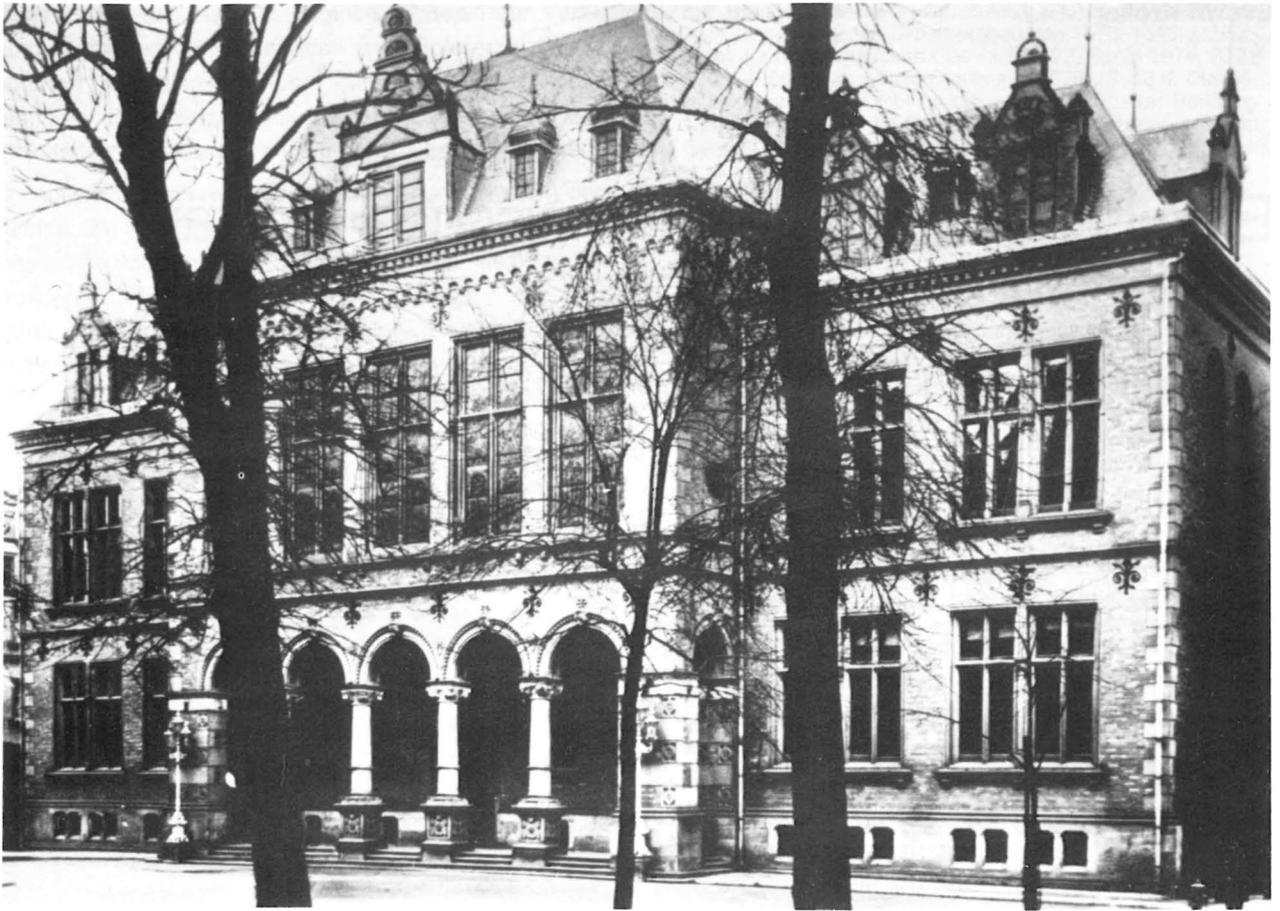


Abb. 1: Universität Münster, vor 1939

Mit der Zusammenfassung zahlreicher zersplitterter Abteilungen zu vier Fakultäten kam es 1922 in Preußen zu einer am Universitätsmodell orientierten Hochschulverfassung und der Einteilung in: Allgemeine Wissenschaften, Bauwesen, Maschinenwirtschaft, Stoffwirtschaft⁹. Nach einem weitgehend reichseinheitlichen Schema wurde 1922 z. B. in Aachen die Abteilung für Bergbau zusammen mit der für Hüttenkunde und der für Chemie in der Fakultät für Stoffwirtschaft zusammengefaßt. Zuvor waren allerdings von den Bergbauabteilungen in Berlin und Aachen erhebliche Bedenken gegen eine Zusammenfassung mit der Hüttenkunde geäußert worden. Der Aachener Professor für Bergbaukunde August Schwemann¹⁰ sah die Tätigkeit des Bergingenieurs stärker dem Gebiet des Bauingenieurwesens verhaftet als der physikalisch-chemischen orientierten Ausbildung der Hütteningenieure¹¹.

Mit den „Vorschriften über die Ausbildung und Prüfung für den höheren technischen Staatsdienst im Bergbau“ vom 6. April 1920 waren die traditionelle Trennung der Ausbildung für den Staatsdienst und den privaten Bergbau fortgefallen und die Diplomprüfung generell zur Voraussetzung für den Staatsdienst erhoben worden. Damit fiel auch der bisher verbindliche Besuch einer Universität für die Anwärter auf den Staatsdienst fort.

Initiatoren der Münsteraner Pläne

Es ist schwer, exakt den Zeitpunkt zu bestimmen, an dem die Pläne, an der Universität Münster eine berg- und hüttenmännische Fakultät einzurichten, das erste Mal konkrete Gestalt annahmen. Obwohl verschiedene Korrespondenzen im Sommer 1925 ihren Ausgang nahmen, kann man davon ausgehen, daß diverse Überlegungen dazu einige Zeit vorher angestellt worden waren¹². Auch hat es wohl mehrere „Väter“ des Planes gegeben: die Universität Münster, die Stadt Münster, die Provinz Westfalen. Nicht zu unterschätzen, aber exakt schwer zu bestimmen ist die Rolle des preußischen Ministeriums für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung: war sie initiiierend oder „bloß“ fördernd?

Kurator und Rektor der Universität zeigten eine gleichsam von ihrem Amt her begründete Aufgeschlossenheit. Daneben ist vom Lehrkörper der Universität der Direktor des Chemischen Instituts Geh. Regierungsrat Prof. Dr. phil. Rudolf Schenck deutlich als „treibende Kraft“ auszumachen. Schenck, 1870 in Halle geboren, Ehrendoktor der Universität Marburg und der Bergakademie Freiberg, lehrte seit 1916 in Münster. Er war hochschulpolitisch aktiv im Verband der Deutschen Hochschulen, deren Vorsitzender er von 1920 bis 1925 war¹³.



Abb. 2: Albert Vögler

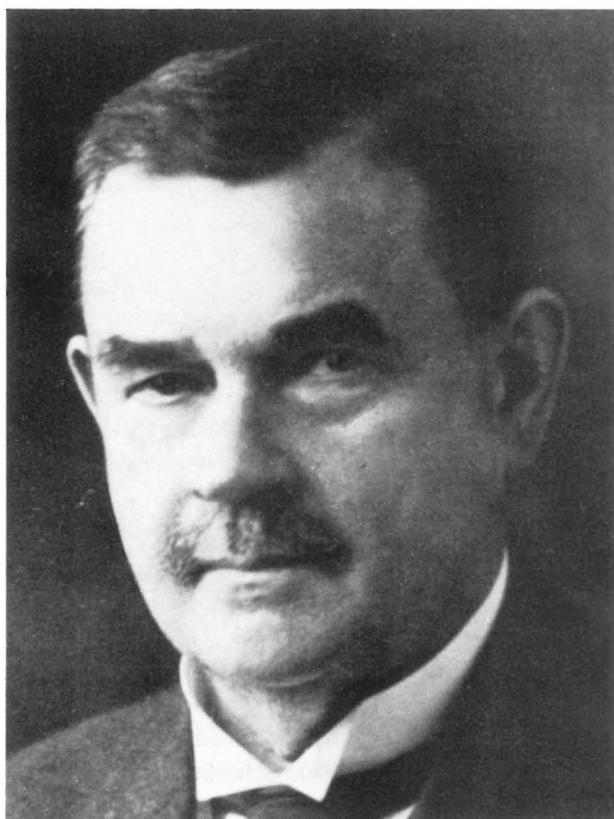


Abb. 3: Friedrich Winkhaus

Die Wahl Schencks zum Schriftführer der Gesellschaft zur Förderung der Universität fiel nicht zufällig in das Jahr, in dem die Angliederungspläne forciert wurden: Vorsitzender der Gesellschaft zur Förderung der Westfälischen Wilhelms-Universität Münster war Albert Vögler, Vorstand der Deutsch-Luxemburgischen Bergwerksgesellschaft und seit 1926 Generaldirektor der Vereinigte Stahlwerke¹⁴. Vögler muß als energischer Förderer der Münsteraner Pläne bezeichnet werden, und die Tatsache, daß damit einer der exponiertesten Repräsentanten der „Eisenseite“ zu den Befürwortern zählte, hat den zeitgenössischen Beobachtern gelegentlich den Blick dafür verstellt, wie distanziert vor allem der Bergbau und weite Industriekreise diesem Problem gegenüberstanden.

Vom August 1925 datiert der erste schriftliche Kontakt über das Münsteraner Projekt zwischen Vögler und Friedrich Winkhaus¹⁵, dem Vorsitzenden des Vereins für die bergbaulichen Interessen im Oberbergamtsbezirk Dortmund. Vögler erläuterte Winkhaus seine Bemühungen um die Ausbildung des berg- und hüttenmännischen Nachwuchses: „Meine Ansicht ist die, daß die Berg- und Hüttenleute sich einmal entschlossen auf den Standpunkt stellen sollten, eine berg- und hütten-technische Fakultät auf die Naturwissenschaften einer Universität aufzubauen“¹⁶. Für den Standort – Bonn, Köln oder Münster – wollte Vögler

sich nicht festlegen, was allerdings eher ein taktisches denn ein glaubwürdiges Moment gewesen sein konnte. Vögler informierte Winkhaus über seine Kontakte in dieser Sache mit dem preußischen Kultusministerium und übersandte ihm bei dieser Gelegenheit den (undatierten) Entwurf eines „Antrages auf Errichtung einer Fakultät für Berg- und Hüttenwesen an der Westfälischen Wilhelms-Universität zu Münster i. W.“, der von Rudolf Schenck stammte.

Zum gleichen Zeitpunkt lag dem preußischen Kultusministerium ein Antrag der Universität Münster vor, im Etat für 1926 einen Betrag von 400 000 RM zur baulichen Erweiterung des Chemischen Instituts vorzusehen, dessen Direktor Schenck war. Die Reaktion aus Berlin war ganz im Sinne der Münsteraner Protagonisten. Der Ministerialdirektor im Berliner Kultusministerium Dr. Krüss berief sich ausdrücklich auf die Anregungen Vöglers, „die Chemie und die ihr verbundenen Fächer in Münster im Laufe der Zeit zu einer Vertretung der Hüttenkunde für Bergleute auszugestalten“ und schlug eine Koppelung der Erweiterungspläne mit der neuen Konzeption vor¹⁷.

Schencks Entwurf enthielt nahezu alle Begründungen für die Angliederung einer „Technischen Fakultät“, wenn man einmal die zwischen 1925 und 1930 unter vielen Benennungen eingebrachten Vorschläge mit einem Begriff zu-

sammenezubringen versucht. Er löste zahlreiche Kontroversen und Interessenkonflikte von wechselnden Positionen her aus. Hinter dem Projekt stand das für die deutsche Hochschulgeschichte typische duale Verhältnis zwischen Universität und Technischer Hochschule, – vorgetragen von einem Universitätslehrer der Chemie mußte das Votum eindeutig ausfallen. Am konkreten Beispiel des Münsteraner Projekts lassen sich damit jene Grundprinzipien nachvollziehen, die in diesem Jahrzehnt bestimmend waren für die Reformdiskussion über die Technischen Hochschulen: Weg von der isolierten Ausbildung am technischen Objekt und hin zur „tiefen wissenschaftlichen Durchbildung“ (Schenck). In dem Entwurf wurden pauschal ein empfindlicher Mangel an vollwertigen Lehr- und Forschungsstätten für Bergbau- und Hüttenwesen konstatiert und bestehende Hochschuleinrichtungen so charakterisiert: Die Bergakademie Clausthal-Zellerfeld weise unzulängliche Unterkunfts- und Ausbildungsgelegenheiten auf, die Zeichensäle dienten nachts als Schlafräume für Studenten; die Bergakademie Freiberg böte keinerlei geistige Anregung; die Technische Hochschule Aachen sei zwar gut ausgestattet, aber mit dem Manko ihrer Grenzlage behaftet, wobei auf die zeitweilige Schließung der Hochschule im Wintersemester 1923/24 durch die französischen Besatzungsbehörden Bezug genommen wurde. Nachdem 1922 mit der Anerkennung der Diplomhauptprüfung als Voraussetzung für die Aufnahme in den Staatsdienst der vorher verbindliche Universitätsbesuch weggefallen war, mutet der Rückgriff auf die frühere Studienregelung eher anachronistisch an: „Eine Fakultät für Berg- und Hüttenwesen wird sich in den Rahmen einer Universität besonders leicht einfügen. Von jeher haben die Bergbaubeflissenen mehrere Semester an der Universität studiert“¹⁸.

Bei den Standortvorteilen, die der Entwurf von 1925 nannte, spielte das von Schenck geleitete Institut eine wichtige Rolle, das der chemischen Metallurgie großes Augenmerk in Forschung und Lehre widmete und schon „technische Beamte“ für die Großindustrie ausbildete. Die bestehenden geologischen und mineralogischen Sammlungen sowie regelmäßige Vorlesungen über Bergrecht wurden als weitere günstige Voraussetzungen ins Feld geführt.

Es ist schon bemerkenswert für die Diskussion des Verhältnisses von Universitäten und Technischen Hochschulen in den zwanziger Jahren, daß Schenck ohne nähere Begründung zu folgender fundamentaler Aussage kam: „Der Unterricht an der Universität Münster würde ganz von selbst einen besonderen wissenschaftlicher gerichteten Charakter annehmen als an den rein technischen Fachhochschulen“¹⁹. Die Ausbildungsschwerpunkte der Bergleute sollten in den geologischen und geophysikalischen Fächern, die der Hüttenleute in den chemischen und physikalischen Fächern liegen.

Der Forderungskatalog über die Einrichtung etatmäßig verankerter Stellen fiel nicht bescheiden aus mit Professuren für Bergbau und Aufbereitung, Markscheidewesen und

Geophysik, chemische Metallurgie, Formgebung, Mechanik und Festigkeitslehre, Berg- und Hüttenmaschinenwesen. Neben zwei Abteilungsvorsteherstellen (Metallographie/Legierungskunde und hüttenmännische Keramik) wurde die Anzahl wissenschaftlicher Assistenten auf 10 bis 12 geschätzt. Darüber hinaus wurde von der Einrichtung eines Bergbauinstituts und eines Instituts für Hüttenwesen mit den erforderlichen Sammlungen, Laboratorien, Instrumenten ausgegangen. Die personelle Ausstattung bezeichnete der Entwurf lapidar mit „ausreichendem Mechaniker- und Hilfspersonal“.

Münster als Universitätsstadt, so hieß es schließlich, genieße einen besonders hohen Stellenwert gegenüber einer möglichen Hochschule im rheinisch-westfälischen Industriegebiet, worüber alle am Projekt Beteiligten der gleichen Meinung waren. Als Vorteile des Standortes Münster wurden angesehen:

- Lage am Rande des Industriegebiets
- „vornehme Ruhe“
- viel Grün
- historisches Stadtbild und Architektur.

Schon 1921 war in einem Werbeblatt der Gesellschaft der Förderer der Münsteraner Universität diese als geistiger Mittelpunkt des rheinisch-westfälischen Industriegebietes bezeichnet worden²⁰. Die Ablehnung des Ruhrreviers als Universitätsstandort hat somit eine lange Tradition. In einer – an sich distanzierenden – Stellungnahme Ernst Brandis, Vorstandsmitglied der Gelsenkirchener Bergwerks AG, zu den Angliederungsplänen in Münster kamen die Argumente gegen eine „Ruhr-Universität“ nochmals deutlich zum Ausdruck:

- Professoren und Studierende brauchen Abstand zur Praxis
- das Industriegebiet vermittelt nicht die „notwendige menschliche Ausbildung“
- die Bevölkerungsdichte verleitet zum Studium²¹.

In einer nicht gezeichneten Stellungnahme zum Standort des Ruhrgebietes für eine Hochschule wurde diesem Revier jegliche – wie es nach heutigem Verständnis heißen würde – Lebensqualität abgesprochen, von der namentlich Universitätslehrern ein Höchstmaß zugestanden wurde²². Im übrigen wurde die geographische Entfernung der Universitäten Hannover, Münster, Köln und Aachen zum Ruhrgebiet als durchaus ausreichend angesehen.

Die abwehrende Haltung des Bergbaus gegen das Münsteraner Projekt

In der Vorstandssitzung des Bergbau-Vereins am 22. Dezember 1924 hatte das Münsteraner Projekt erstmals auf der Tagesordnung gestanden. Unter dem Punkt „Verschiedenes“ hieß es global: „Plan der Stadt Münster zur Errichtung einer Technischen Hochschule“, und das Protokoll vermerkte dazu lapidar: „Die Frage, ob jemand von den Herren des Vorstands an einer derartigen Gründung ein Interesse habe, wird verneint“²³.

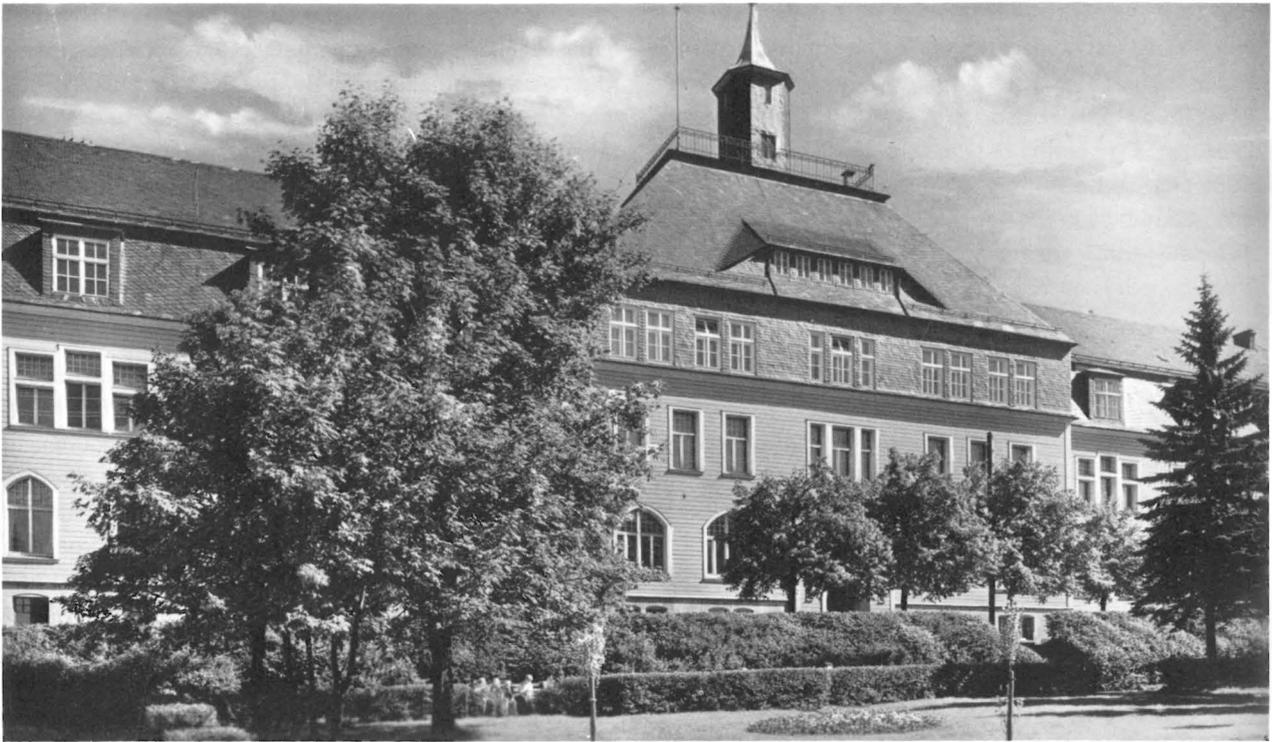


Abb. 4: Bergakademie Clausthal-Zellerfeld

Der Kontakt zwischen Vögler und Winkhaus über das Münsteraner Projekt datierte vom August 1925. Aber erst Anfang Mai 1926 hörte Pinkerneil von der Geschäftsführung der Fachgruppe Bergbau in Berlin von Gerüchten über eine „Bergakademie Münster“²⁴. Daß diese Bestre-

Abb. 5: Hans von und zu Löwenstein



bungen ernsthafter Natur waren, mochte Friedrich Pinkerneil nicht glauben, doch Bergassessor a. D. Hans von und zu Loewenstein, Geschäftsführer des Bergbau-Vereins, versuchte, ihm zu verdeutlichen, daß „die Freunde des Planes nach berühmtem Muster wieder einmal mit dem Moment der Überraschung zu arbeiten“ schienen²⁵. Im weiteren Verlauf des Gedankenaustausches zwischen der Fachgruppe und dem Bergbau-Verein bemühte sich von Loewenstein, auch nach Berlin den Eindruck zu vermitteln, daß eine einheitliche Ablehnung vom Bergbau-Verein vertreten würde. Schnell setzte sich bei den bergbaulichen Verbänden die Überzeugung durch, daß die Münsteraner Pläne eine Angelegenheit des gesamten deutschen Bergbaus seien. Nicht vergessen war die erst gut ein Jahrzehnt zurückliegende Verschmelzung der Berliner Bergakademie mit der Technischen Universität Charlottenburg²⁶.

Die staatlich verordnete Aufgabe der Selbständigkeit einer Bergakademie wurde in Bergbaukreisen als Niederlage empfunden, obwohl es über die Frage bergbaulicher Hochschulorte und ihrer institutionellen Verfassung durchaus nicht nur eine Meinung gab. So befürwortete z. B. Winkhaus 1926 eine Verlegung der Bergakademie Clausthal nach Göttingen²⁷. In der ersten Sitzung eines zur Förderung des Projektes berufenen Arbeitsausschusses sprach sich Winkhaus für die Erhaltung selbständiger Bergakademien und gegen eine Verbindung mit einer Technischen Hochschule aus, verhehlte aber nicht seine Sympathie für eine Verbindung des bergbaulichen Unterrichts mit einer Universität. In dieser ersten Verhandlungs-



Abb. 6: Karl Müller-Klönne

Abb. 7: Gustav Knepper



phase wirkte mancher Vertreter des Bergbaus im Hinblick auf schlagkräftige Gegenargumente noch etwas ratlos. Über eine Unterhaltung mit Bergrat Prof. Dr. Ludwig Tuebben²⁸, Berlin, schrieb Wilhelm Hölling, neben Pinkerneil weiterer Geschäftsführer der Fachgruppe Bergbau, an von Loewenstein, daß beide gegen die Pläne wären, aber besondere Gegenargumente könnten sie auch nicht anführen, es sei denn den Hinweis, daß die geringe Studentenzahl der Bergbau-Fakultät Breslau die Überflüssigkeit ihrer Gründung beweise²⁹.

In der Vorstandssitzung des Bergbau-Vereins am 15. Juni 1926 votierte die überwiegende Mehrheit für die Ablehnung der Pläne mit dem Argument, daß kein Bedürfnis für eine berg- und hüttenmännische Fakultät in Münster bestehe, aber auch mit der Forderung, daß Finanzmittel des Bergbaus nur für eine Loslösung der Berliner Bergakademie ausgegeben werden dürfe. Eine Gegenposition nahmen Gustav Knepper von den Vereinigten Stahlwerken und Karl Müller-Klönne von der Gelsenkirchener Bergwerks AG ein: Beide sprachen sich für eine selbständige Bergakademie in Münster aus – notfalls auf Kosten einer bestehenden Bergakademie. Sie beriefen sich auf den Fehler der Verschmelzung in Berlin. Einen eher vermittelnden Standpunkt vertraten Carl Haarmann von der Gewerkschaft Minister Achenbach und Karl Brandi. Während Brandi für eine wohlwollende Prüfung der Pläne plädierte, legte sich Haarmann auf die Angliederung eines Lehrstuhls für Hütten- und Kohlenchemie fest³⁰.

Winkhaus' offizielle Stellungnahme beim zweiten Treffen des Münsteraner Arbeitskreises spiegelt die Meinungsbildung im Vorstand des Bergbau-Vereins wider. Er setzte die Wiederherstellung der Berliner Bergakademie als *conditio sine qua non* fest, sprach sich generell für eine Reduzierung der Studierenden des Bergfachs aus, lehnte jegliche Geldaufwendungen seitens des Bergbaus ab. Dagegen hielt er die Angliederung eines chemisch-technologischen Instituts für Kohlen- und Eisenhüttenkunde für erstrebenswert³¹.

Als von weittragender Bedeutung für die weitere Strategie des Bergbaus erwies sich eine Besprechung im preußischen Kultusministerium am 29. Juni 1926, über deren Ergebnis Winkhaus vermerkte: „Nach diesen Ausführungen wurde von der Verfolgung des Gedankens einer Angliederung einer bergbaulichen Abteilung an die Universität Münster endgültig abgesehen“³². Winkhaus' Standpunkt in dieser Besprechung wurde von dem Vertreter der Bergbauabteilung des Handelsministeriums, der die Bergakademie Clausthal unterstand³³, mitgetragen. Offen blieb die Frage, ob und wieweit der Bergbau-Verein sich an einer Förderung eines chemisch-technologischen Instituts beteiligen werde. Kurz zuvor war offenbar vom Rektor der Universität Münster das Gerücht verbreitet worden, der Plan einer „Akademie für den bergbaulichen Unterricht“ sei bereits beschlossene Sache³⁴.

Es gab durchaus schon Verbindungen des Bergbaus zur Universität Münster. Der Geschäftsführer der Gesellschaft für Kohletechnik, Dr. Wilhelm Gluud, las als Privatdozent für Chemie über „Ausgewählte Kapitel aus Chemie und Technologie der Kohle“. Seit dem Wintersemester 1927/28, Gluud war kurz zuvor zum außerordentlichen nicht beamteten Professor ernannt worden, war unter seiner Leitung eine täglich in Dortmund-Eving stattfindende Veranstaltung „Ausführung wissenschaftlicher technischer Arbeiten auf dem Gebiet der Kohlenchemie“ angekündigt³⁵.

Für den Ausbau dieser praxisbezogenen Universitätsveranstaltungen scheint Gluud den Weg nicht ungeschickt bereitet zu haben, denn bereits im Juli 1926 legte er dem Bergbau-Verein ein Papier mit Vorschlägen zur Gründung einer „Arbeitsgemeinschaft“ zwischen dem rheinisch-westfälischen Steinkohlenbergbau und der „Lehr- und Forschungsstelle für Chemie und Technologie der Kohle der Universität Münster“ vor³⁶. Darin wird von einem jährlichen Zuschuß des Bergbaus von 20 000 RM ausgegangen unter der Voraussetzung, daß der Staat die Stelle apparativ und personell ausreichend ausstattet. Als sachkundige und für die Geldverteilung federführende Stelle wird die Gesellschaft für Kohlentechnik³⁷ vorgesehen. Es ist naheliegend, daß Zeitpunkt und Gegenstand dieser Überlegungen zum vorsorglich vorbereiteten Konzept einer kleinen Alternativlösung zu den Münsteraner Angliederungsplänen gedacht waren.

Die Aufnahme der Verhandlungen

Zur ersten Sitzung der am Projekt interessierten, aber auch „betroffenen“ Gruppen trafen sich am 26. Mai 1926 in Münster 25 Personen. Den Vorsitz führte der Rektor der Universität, Prof. Dr. Otto Hoffmann³⁸. Außerdem waren die Oberbürgermeister von Münster, Dortmund und Recklinghausen anwesend, ferner vier weitere Vertreter der Stadt Münster. Von der Provinz Westfalen waren der Landeshauptmann und ein weiterer Repräsentant anwesend. Die Universität hatte fünf Teilnehmer entsandt. Das Eisenhüttenwesen repräsentierten ebenfalls fünf Teilnehmer, darunter Albert Vögler, Fritz und Friedrich Springorum, vom Bergbau schließlich waren sechs Herren erschienen, neben drei Vertretern des Dortmunder Oberbergamtes, Winkhaus, von Loewenstein und der Generaldirektor der Harpener Bergbau AG, Erich Fickler.

In dem Überblick des Rektors zur Situation kam zuerst die Benachteiligung der Provinz Westfalen mit Hochschul- und Bildungseinrichtungen generell zur Sprache, eine Klage, die angesichts der Lage im Rheinland mit zwei Universitäten, einer Technischen Hochschule, einer Kunst- und einer Medizinischen Akademie und zwei Forschungsinstituten für Kohle und Eisen nicht verwundern konnte. Die in der Denkschrift von 1925 niedergelegten Vorschläge des Referenten für Technisches Hochschulwesen im preußischen

Kultusministerium, Prof. Dr. Heinrich Aumund, standen in den Ausführungen des Rektors stark im Vordergrund: „Nach dem Urteil des Herrn Aumund werde man auch in Preußen nach dem amerikanischen Vorbild mit allem Nachdruck anstreben müssen, an den technischen Hochschulen die allgemeinbildenden Fächer so zu pflegen, wie es an den Universitäten möglich sei, sei es durch Ausbau der technischen Hochschule nach der Universitätsseite, sei es durch Verbindung beider Hochschularbeiten, wo eine solche Verbindung möglich sei“³⁹.

Vögler und Springorum sprachen sich deutlich für die Münsteraner Pläne, so wie vom Rektor dargestellt und begründet, aus. Indem sich Winkhaus gegen die Verbindung einer Bergakademie mit einer Technischen Hochschule, aber für die Möglichkeit der Koppelung eines Bergbaustudiums mit „allgemeinen Studien“ an der Universität am gleichen Ort aussprach, wich er einer konkreten Beantwortung aus. Dies geht auch aus der Reaktion des Rektors während der Sitzung deutlich hervor: Über die Form der „Verbindung“ des bergbaulichen Unterrichts mit der Universität könne man sich ja noch verständigen, wenn mit dem Begriff „Angliederung“ eine zu starke Abhängigkeit assoziiert sei. In der Aussprache wurde der bereits vor dem Krieg diskutierte Plan einer Technischen Hochschule in Dortmund einmütig „begraben“, nachdem der Dortmunder Oberbürgermeister die Finanznot der Stadt eingestanden hatte. Für die Weiterbehandlung des Münsteraner Projekts konstituierte sich aus der Versammlung ein Arbeitsausschuß mit folgender Besetzung: zwei Vertreter des Eisenhüttenwesens, zwei Vertreter des Bergbaus, der Landeshauptmann der Provinz Westfalen, der Oberbürgermeister von Münster, Präsident, Kurator und Rektor der Universität sowie Professor Schenck. Auf der Sitzung dieses sogenannten 9er-Ausschusses am 28. Juni begründete Winkhaus erneut die Ablehnung des Bergbaus für die Aufnahme des Bergbaustudiums in Münster, er bekundete aber auch das Interesse an einem chemisch-technologischen Institut für Kohlen- und Eisenhüttenkunde⁴⁰.

Nachdem in der Sitzung beim preußischen Kultusministerium am 8. Juli die Pläne des Bergbaustudiums in Münster endgültig fallengelassen worden waren, stand unmittelbar danach der Entwurf einer „Denkschrift über die Angliederung einer Fakultät für technische Wissenschaften“ zur Diskussion, dessen Grundlage neun Fragenkomplexe waren, die das Ministerium ausgearbeitet hatte⁴¹. In der Denkschrift wurden die wesentlichen Argumente der Befürworter wiederholt, so daß an dieser Stelle darauf verzichtet werden kann.

Die Reaktionen der Hochschulen

Zur Frage der Überlastung einzelner Technischer Hochschulen wurden in der Denkschrift vom Juli 1926 die Studentenzahlen des Sommersemesters 1925 mit denen von 1914 verglichen:

	Berlin	Hannover	Aachen	Breslau	Danzig
1914	2108	988	725	238	675
1925	3822	2112	938	877	
Steigerung in %	81	115	29	268	

Wie übrigens von anderen Gremien und Verbänden in dieser Zeit auch wurde ein „ungesund starker“ Zudrang zu den Technischen Hochschulen konstatiert, bei der Interpretation der Zahlen die Technische Hochschule Aachen jedoch nicht als überfüllt bezeichnet⁴². Dagegen galten die Technischen Hochschulen Berlin und Hannover als überlastet; Breslau, vor dem Krieg nicht eben häufig frequentiert, mußte nach dem Krieg die Kapazitäten von Danzig mitaufnehmen. Auch der Bergakademie Clausthal meinte man Entlastung zukommen lassen zu müssen, obwohl die Verfasser der Denkschrift keinen Zweifel daran ließen, daß sie „isolierte Fachfacultäten“ generell ablehnten. Dem Vorzug der finanziellen Ersparnisse bei der Angliederung technischer Fächer oder Fakultäten an eine Universität wurde in der Argumentation ein noch größerer ideeller Vorteil an die Seite gestellt: Die Münsteraner Pläne wären sozusagen das Pilot-Projekt oder der Anfang, das technische Bildungswesen in die Universitäten zu integrieren. Dahinter stand zweifellos der Versuch, bestimmte historische Entwicklungen im deutsch/preußischen Bildungswesen zu korrigieren.

Was schließlich die Herkunft der Studierenden des Maschinenbaus, der Elektrotechnik und des Hüttenwesens namentlich auf den überfüllten Hochschulen betrifft, so war eine Bevorzugung der Studienorte Berlin, Hannover und Clausthal beispielsweise durch Westfalen nicht zu verkennen: Im Sommersemester 1925 ergab sich folgendes Bild:

Heimatprovinz	Westfalen	Hessen-Nassau	Rheinland	Hannover
Berlin	105	35	142	34
Hannover	259	57	179	362
Aachen	59	11	378	4
Breslau	9	2	18	4
Clausthal	56	10	42	14

Von der Technischen Hochschule Aachen und der Bergakademie Clausthal kamen – nicht zuletzt durch mehr oder weniger ständigen Kontakt mit der Geschäftsführung des Bergbau-Vereins – nicht nur ausführliche und kritische Stellungnahmen, sondern auch recht heftige Reaktionen. August Schwemann in Aachen verwahrte sich gegen den Hochmut der Universitäten und dachte den Wissenschaftsanspruch, der in der Münsteraner Denkschrift verfochten wurde, konsequent zu Ende mit dem Hinweis, daß dann sofort alle Technischen Hochschulen in Universitäten umgewandelt werden müßten. Dem Argument „größerer“ Wissenschaftlichkeit der Münsteraner Universität hielt Schwemann das Potential der laufenden Dissertationen an seiner Technischen Hochschule entgegen: für 1926 28 im

Hütten-, 12 im Bergfach. Als Dekan der Fakultät für Stoffwirtschaft verschob er im Schreiben an das preußische Kultusministerium die Akzente der Argumentation wieder in Richtung auf die konkrete Hochschulsituation, wonach die Zahl der Studierenden noch immer die Bedürfnisse der Industrie weit übertraf, – wonach Aachen und Breslau noch Aufnahmekapazitäten von etwa 30 v. H. hätten, – wonach die Verwirklichung der Münsteraner Pläne nur auf die Verminderung ohnehin knapper Mittel hinausliefe und wonach schließlich die Lage der Aachener Hochschule an der „Westgrenze“ eine besondere und auch besonders förderungswürdige Aufgabe darstelle⁴³.

Schwemann selbst und sein Kollege Semper von der Paläontologie griffen zur Verdeutlichung der mangelhaften finanziellen Ausstattung ihrer Lehrstühle zu recht drastischen Mitteln. Semper z. B. ließ einen Aushang am Schwarzen Brett u. a. folgenden Inhalts anbringen: „Ich bin daher nicht in der Lage, irgendwelche Verantwortung für den Erfolg meines Unterrichts zu übernehmen und erkläre, daß es unmöglich ist, mit den hier vorhandenen Unterrichtsmitteln die zum Bestehen der Prüfung erforderlichen Kenntnisse zu erwerben“⁴⁴. Und Schwemann teilte dem Kultusministerium am 20. September 1926 mit, daß er sich gezwungen sähe, das „Laboratorium für theoretische Wetterlehre“ zu Beginn des Wintersemesters zu schließen, wenn die Mittel zur Aufrechterhaltung des Betriebes bis dahin nicht genehmigt würden⁴⁵.

Am Ende des Jahres 1926 trat die Technische Hochschule Aachen dann sozusagen massiv an die Öffentlichkeit mit einer gedruckten Denkschrift, die eine direkte Erwiderung auf die Münsteraner Denkschrift vom September darstellte und mit der Zukunftsprognose schloß: „Mit einer erheblichen Schwächung der Technischen Hochschule Aachen bei der Durchführung der geplanten Neugründung muß gerechnet werden“⁴⁶.

Ähnlich besorgt wie Aachen zeigte sich die Clausthaler Bergakademie, die die Münsteraner Pläne so aufgeschreckt hatte, daß ihr Rektor, Prof. Dr. S. Valentiner, schon im Mai 1926 resigniert feststellte: „Sollte es nicht möglich sein, die Industrie bzw. das Kultusministerium von dem Plane . . . abzubringen, so bliebe uns nichts anderes übrig, als dahin zu streben, daß die Clausthaler Bergakademie nach Münster verlegt würde“⁴⁷. Ende August ging dem Bergbau-Verein (zur vertraulichen Verwendung) die Stellungnahme der Clausthaler Bergakademie zu. Davon abgesehen, daß das geplante Münsteraner Entlastungsangebot als unnötig zurückgewiesen wurde, zielte die Erwiderung der Bergakademie weniger auf die mehr prinzipiellen Fragen etwa nach dem Verhältnis zwischen Technischer Hochschule und Universität, wie im Aachener Memorandum, als vielmehr auf konkrete Erweiterungspläne, die große Teile der Münsteraner Pläne überflüssig machen könnten. Immerhin konnte die Bergakademie als „Trumpf“ auf die kurz bevorstehende Eröffnung eines neuen Chemi-

schen Instituts und die Besetzung einer Professur für Kohlechemie hinweisen⁴⁸. Die Bergakademie legte auch Wert darauf, daß sie wiederholt die Empfehlung ausgesprochen hätte, die ersten Semester an einer Universität zu verbringen.

Diskussion über eine Ausbildungsreform des Bergbaustudiums

Im März 1926, also kurz bevor die Münsteraner Pläne in ihr konkretes Verhandlungsstadium traten, fand auf Initiative des Ausschusses für bergmännisches Bildungswesen der Fachgruppe Bergbau in Berlin eine Tagung über bergmännische Bildungsfragen statt⁴⁹. Den Vorsitz hatte der Ausschußvorsitzende Generaldirektor Dr.-Ing. e.h. Carl Hold⁵⁰. Die Teilnehmerzahl von über 300 und das breite Spektrum der Interessengruppen, die sie repräsentierten, war deutliches Indiz für die Aktualität, ja Brisanz des Themas. Neben Vertretern der Reichsregierung, preußischen und sächsischen Fachministerien sowie der Berghoheitsbehörden waren etwa sechzig Hochschullehrer erschienen: Berlin (28), Breslau (9), Freiberg (9), Aachen (7), Clausthal (6). Außerdem waren die Repräsentanten der bergbaulichen Vereine der verschiedenen Reviere und Rohstoffzweige anwesend.

Nach den Worten Holds zu urteilen, war ein solches „Hearing“ neu für die Behandlung bergbaulicher Zeitfragen, zumal als Aussprache zwischen Praxis und Wissenschaft. Gegenstand der Tagung waren drei Bereiche: die Ausbildung des „Bergakademikers“ in Chemie, in Maschinenteknik und in den Wirtschafts- und Sozialwissenschaften. In einer kurzen Einführung in die Tagungsproblematik sprach der Ausschußvorsitzende aus der Sicht der Wirtschaft einige bisher nicht oder unbefriedigend geregelte Fragen an, wobei er namentlich über eine mangelnde Resonanz bei den Ministerien klagte: Berücksichtigung der Fortschritte der Technik, besonders auf chemisch-technologischem Gebiet; Aufnahme kohlenchemischer Grundlagen in die Prüfungsordnungen; Beseitigung der Schranken in der Ausbildung (Bergakademie Freiberg/preußische Hochschulen); stärkere Berücksichtigung der betriebstechnischen Seite der Ausbildung (Bergbaumaschinenwesen).

Die Tagungsreferate und Diskussionsbeiträge kreisten – von zahlreichen Spezialfragen und der Forderung nach Einrichtung neuer Lehrstühle abgesehen – um das richtige Verhältnis von Wissenschaft und Praxis bei der Vermittlung der Lehrinhalte, um die Reduzierung oder Ausweitung von Prüfungsstoffen und -fächern, um geistige Durchdringung oder mehr konkreten Wissensstoff, schließlich auch um die Frage: mehr Vorlesungen oder mehr Seminararbeit. Der Berliner Ordinarius für Bergbaukunde Prof. Georg Spackeler sprach ein Dilemma an, vor dem offensichtlich auch eine große Zahl seiner Kollegen standen: „Darin liegt die Gefahr, daß wir uns allzu sehr auf die Sonderwünsche

der verschiedenen Industriezweige einstellen und zu wenig auf die wissenschaftlichen Grundlagen achten, die nötig sind, wenn der Student später an der Erweiterung der Technik mitarbeiten soll“⁵¹.

Doch daß die Bergbauindustrie in den Ausbildungszielen sozusagen mit einer Stimme gesprochen hätte, war ganz und gar nicht der Fall. Wenn man z. B. die Ausführungen Spackelers mit denen Brandis vergleicht, kann man eine große Übereinstimmung feststellen. Brandi warnte z. B. davor, „daß wir die Bergakademiker bei der Fülle der Spezialgebiete . . . zu gefährlichen Dilettanten erziehen“ und forderte, „daß der Schwerpunkt der akademischen Ausbildung mehr auf eine tüchtige theoretische Grundlage als auf eine praktische Verwendbarkeit gelegt werde“. Für die Studierenden des Bergfachs in Preußen äußerte der seinerzeitige Bergbaubeflissene und spätere Vertreter der Deutschen Kohlenbergbau-Leitung in Bonn, Wilmar Sabaß, die vorsichtige Kritik an der Diskussion, nicht vorzutragen, was besser zu machen ist, sondern „wie es nach dem heutigen Stand der Ausbildung besser gemacht werden soll“.

Das konkret faßbare Ergebnis der Tagung bestand in der Einsetzung von Industrieausschüssen für Chemie, Maschinenbau sowie Rechts- und Wirtschaftswissenschaften⁵². Nach der Berichterstattung über ihre Arbeit zu urteilen, setzte sich die Maxime durch: „Die Hochschulausbildung muß in erster Linie das geben, was später nicht mehr nachzuholen ist, und das ist die Theorie“. Zu den einzelnen Sondergebieten wurden verbindliche Empfehlungen

Abb. 8: Karl Hold



über das Bildungsideal, das Unterrichtsverfahren und die Freizügigkeit des Studiums ausgesprochen⁵³.

Die Münsteraner Angliederungspläne führten nicht nur in der rheinisch-westfälischen Wirtschaft, in der Bergbauindustrie und bei den einschlägigen Hochschulinstituten zu intensiven Diskussionen, sondern waren auch Anlaß zu einer Zusammenkunft der Rektoren aller Technischen Hochschulen und Bergakademien mit Vertretern der technisch-wissenschaftlichen Vereine im Januar 1927 in Düsseldorf. Den Bergbau-Verein vertraten der Vorsitzende Winkhaus und Bergrat a. D. Julius Heinrich von der Geschäftsführung sowie Generaldirektor Carl Hold und Bergwerksdirektor Wilhelm Wiesmann von der Gewerkschaft Emscher-Lippe. Die Gesellschaft Deutscher Metallhütten- und Bergleute hatten zwei⁵⁴ und der Verein Deutscher Eisenhüttenleute fünf Vertreter entsandt. Darüber hinaus waren fünf weitere Verbände an der Besprechung beteiligt, darunter der Verein deutscher Ingenieure.

Prof. Dr.-Ing. Emil Probst⁵⁵, Rektor der Technischen Hochschule Karlsruhe und turnusmäßiger Vorsitzender der Rektorenvereinigung hob in seinem einleitenden Lagebericht Stimmen hervor, die davon ausgingen, „daß der Wunsch der Industrie die treibende Kraft“ für diese Zusammenkunft und namentlich Albert Vögler aktiv beteiligt gewesen seien⁵⁶. In seiner ausführlichen Stellungnahme schilderte Vögler den Verhandlungsablauf und die Zustimmung von Vertretern der Eisenhüttenleute und des Bergbaus zu dem Plan, in Münster die vorhandenen chemischen und physikalischen Einrichtungen zu Forschungsinstituten für Kohlen- und Hüttenchemie auszubauen.

Vögler glaubte, von einer Einigkeit in industriellen Kreisen in folgenden drei Fragen berichten zu können: negative Auswirkungen der überfüllten Hochschulen, mehr staatliche Mittel zum Ausbau bestehender Einrichtungen und verstärkter Ausbau besonders der naturwissenschaftlichen Fakultäten an den Universitäten. Dagegen wurde die Angliederung neuer technischer Fakultäten an die Universitäten unterschiedlich beurteilt. Befürworter wie Vögler und damit die „Eisenseite“ beklagten die getrennte und praktisch voneinander losgelöste Entwicklung von Technischen Hochschulen und Universitäten. Und sie benutzten – das wird an der Argumentation Vöglers ganz klar – geschickt die Klage der staatlichen Stellen, daß bei dem Massenbetrieb an den Hochschulen die Qualität der Ausbildung verloren ginge, um technische Fächer an die Universitäten heranzuführen. Die gegenwärtige Kritik an den Technischen Hochschulen, das Unbehagen über ihre Rolle, läge im Rückgang des wissenschaftlichen Charakters, im Mangel an naturwissenschaftlicher „Durchbildung“, in der Verschulung des Studienbetriebs.

Die Versammlung, die sich zwar über den Standort für eine neue Universität nicht einigen konnte, verständigte sich aber auf die nachfolgenden Leitsätze:

1. Verneinung des Bedürfnisses nach einer neuen Technischen Hochschule oder Technischen Fakultäten
2. Verstärkter Ausbau und Ausstattung der bestehenden Technischen Hochschulen und Bergakademien
3. Ausbau der naturwissenschaftlichen Institute, in erster Linie an den Technischen Hochschulen.

In diese verabschiedeten Leitsätze sind allerdings die Vorstellungen Vöglers direkt nicht eingegangen.

Verhandlungsverlauf und -positionen

Zu Beginn des Jahres 1927 wurde das preußische Kultusministerium von sich aus aktiv. Zunächst wandte es sich an den Rektor in Münster und erbat entsprechende Unterlagen für die Abfassung einer Denkschrift⁵⁷. Zur Diskussion stand nunmehr eine Technische Fakultät mit den Fachgebieten Maschinenbau und Elektrotechnik, Metallurgie und Kohlenchemie. Wenig später erbat der preußische Kultusminister Becker vom Landeshauptmann der Provinz Westfalen eine verbindliche Zusage von Zuschüssen der örtlichen Stellen⁵⁸. In aller Deutlichkeit wurde von ihm der Standortnähe Münsters zum Ruhrgebiet innerhalb des Konzepts technischer Fakultätenangliederung an bestehende Universitäten vorrangige Bedeutung zuerkannt: „Mit Rücksicht auf die Lage Münsters in unmittelbarer Nähe des Westfälischen Industriegebiets habe ich die Absicht, die Universität Münster als Erste für die Schaffung einer technischen Fakultät in Aussicht zu nehmen“. Der Warnung der Industrie vor den Folgen der Überfüllung an den Hochschulen wurde staatlicherseits das „Abhilfeprinzip“ entgegengestellt: Der Massenbetrieb beeinträchtigt die Qualität der Ausbildung.

Im Sommer und Herbst des Jahres verdichteten sich die Stellungnahmen und Kontakte der beteiligten Gruppen, während die „Düsseldorfer Nachrichten“ – anlässlich einer Eingabe des Provinzialausschusses nach Berlin zur Forcierung der Verhandlungen – von „schwankenden Regierungsstellen“ zu berichten mußten⁵⁹. Ganz im Gegensatz dazu hatte sich bei verschiedenen Vorsitzenden Syndici westfälischer Handelskammern der Eindruck verstärkt, daß die Kultusverwaltung von ihrem Plan nicht mehr abzubringen sei⁶⁰.

Es häuften sich nun auch die publizistischen Äußerungen. Die „Rheinisch-Westfälische Zeitung“ veranstaltete eine entsprechende Umfrage bei Persönlichkeiten von Wissenschaft, Wirtschaft und Verwaltung⁶¹. Dem Bergbau-Verein, auch um ein einheitliches Meinungsbild seiner Mitglieder bemüht, war die Angelegenheit wichtig genug, um die ablehnende Einstellung der Geschäftsführung und die Stellungnahme des Vorsitzenden Winkhaus zum Gegenstand eines Rundschreibens an den Kreis der Bergwerksdirektoren zu machen⁶².

Unmittelbare Veranlassung zu einem Rundschreiben dieses Inhalts hat aber das Vorgehen des Generaldirektors der Gewerkschaft König Ludwig, Dr.-Ing. e. E. Johann

Kleynmans, gegeben. Dieser war in seiner Eigenschaft als Präsident der Handelskammer Münster bei verschiedenen Gelegenheiten für die Erweiterung der Universität nach der technischen Seite hin eingetreten. Insbesondere eine Zusammenkunft von Vertretern der Industrie- und Handelskammer Münster am 30. Mai 1927, die ursprünglich wegen Besprechung von Steuersachen einberufen worden war, in der es aber ausschließlich um eine „Befragung des westfälischen Bergbaus“ nach seiner Haltung zu den Angliederungsplänen ging⁶³, rief den Unmut einer Reihe von Werksdirektoren hervor – zumal Kleynmans der Initiator des Treffens war. Gegen dieses eigenmächtige Vorgehen Kleynmans und für eine eindeutig ablehnende Beschlusfassung im Vorstand des für solche Fragen allein zuständigen Bergbau-Vereins sprachen sich in getrennten Schreiben an den Bergbau-Verein u. a. aus: Otto Haarmann von den Rheinischen Stahlwerken, Abt. Arenberg, Carl Hoeppe von der Bergwerksgesellschaft Trier (Köln-Neuessener Bergwerksverein) und Hermann Kellermann von der Gutehoffnungshütte⁶⁴.

Die entscheidende Vorstandssitzung des Bergbau-Vereins, in der die Haltung und Verhandlungsposition festgeschrieben wurden, fand am 14. Juli 1927 statt. Drei Tage zuvor hatte die Fachgruppe Bergbau der Essener Geschäftsführung mitgeteilt, daß ihr bergmännischer Bildungsausschuß sich einstimmig gegen eine finanzielle Unterstützung der Münsteraner Pläne ausgesprochen habe⁶⁵. Von Loewenstein und Winkhaus als Berichterstatter faßten die Meinungsbildung dahingehend zusammen, daß man sich nolens volens der Auffassung Vöglers angeschlossen habe: „Der Bergbau werde nicht umhin können, sich in irgendeiner Form interessiert zu zeigen, wenn, wie es den Anschein habe, die Durchführung der Angliederungspläne der Universität Münster auf die Dauer nicht mehr zu umgehen sei“⁶⁶. Der Einsatz der „Eisenseite“ für einen Lehrstuhl für Eisenchemie ließ unter diesen Umständen den Vertretern des Bergbaus auch kaum eine andere Wahl, wollten sie sich nicht des Einflusses auf die Kohlechemie gänzlich entledigen. Abgesehen von dieser taktisch bedingten Variante erscheint indes ein inhaltlicher Meinungswandel von Bedeutung: War man doch nun davon überzeugt, daß „die Ausbildung erstklassiger Fachspezialisten auf diesem Gebiet durch die Universitäten in ungleich höherem Maße gewährleistet sei als durch die Bergakademie“⁶⁷. Hier wurde zum ersten Mal sehr deutlich vom absoluten Primat der Bergakademien im Hochschulverbund abgerückt. Als finanzieller Beitrag wurden 200 000 Mark ins Auge gefaßt. Der Vorstand entschied sich für diesen Beschluß mehrheitlich. Krawehl, Hold und Stein (Hibernia) beharrten weiterhin auf ihrer grundsätzlich ablehnenden Haltung. Nachdem zuvor schon der elfköpfige geschäftsführende Vorstand u. a. mit Vögler, Fickler, Winkhaus und Brandi das positive Votum gleichsam vorgegeben hatte, konnte die Entscheidung im 36köpfigen Vorstand zwar nicht mehr überraschen, aber auch nicht



Abb. 9: Ernst Brandi

verhehlt werden, wie zögerlich und wenig einmütig die Haltung des Bergbaus in dieser Frage war. Die schriftlichen Quellen lassen keinen eindeutigen Schluß, aber doch die Vermutung zu, daß sich die Vertreter der gemischten Werke hier durchgesetzt hatten.

Wie schwierig und für Außenstehende mißverständlich die Vertretung der bergbaulichen Haltung auch nach der Vorstandssitzung des Bergbau-Vereins vom 14. Juli war, zeigte sich unmittelbar in der darauffolgenden Sitzung des Arbeitsausschusses für die Münsteraner Pläne. Vor der Sitzung am 15. Juli waren sowohl von der IHK Dortmund durch ihren Präsidenten Dr. Jucho wie von der Universität Münster durch ihren Rektor Sitzungsniederschriften angefertigt worden. Winkhaus bestand dem Rektor gegenüber darauf, daß seine Stellungnahme nur nach dem Wortlaut der Dortmunder Niederschrift verbindlich zu Protokoll genommen wurde, da „mir sehr viel daran gelegen ist, dass diese für die Einstellung des Bergbaus grundlegende und für die weitere Entwicklung der Dinge vielleicht bedeutsame Erklärung von vornherein klar und einwandfrei wiedergegeben ist“⁶⁸. Strittiger Punkt dieser Sitzung wie auch der weiteren Verhandlungen waren die Bedingungen, von denen der Bergbau seine Unterstützung abhängig machte. Es war diese Intervention des Bergbau-Vereins-Vorsitzenden, daß es schließlich drei (!) Ausführungen über die Sit-

zung vom 15. Juli gab⁶⁹. In der nächsten Sitzung dieses Gremiums traten die gegensätzlichen Standpunkte der beteiligten Gruppen deutlich hervor. Winkhaus hatte zwischenzeitlich darauf bestanden, daß in der geplanten Eingabe an das Kultusministerium dieses als Initiator für die Münsteraner Pläne namhaft gemacht werden sollte⁷⁰. Den Aufzeichnungen Brandis zufolge, der Winkhaus zum 1. Oktober als Vorsitzender des Bergbau-Vereins abgelöst hatte, wurde zwar dieser Vorschlag abgelehnt, aber die Grundbedingungen für eine Beteiligung des Bergbaus – Errichtung eines Lehrstuhls für Kohlechemie – akzeptiert. Wie schwierig letztendlich der Stand des Bergbauvertreterers war, wird ersichtlich, daß diese Forderung gleichwohl in der Eingabe an Berlin nicht erwähnt, sondern einem später abzuschließenden Vertrag über die finanzielle Beteiligung vorbehalten sein sollte.

Innerhalb des Jahres 1928 nahm das Projekt zwar noch keinen konkreten Verlauf, aber auch von einem Stillstand kann man nicht sprechen. Immerhin legten Vögler, Brandi und Jucho dem Kultusministerium in einem gemeinsamen Schreiben dar, daß die finanzielle Zusage des Bergbau-Vereins von 200 000 Mark an die Bedingung geknüpft war, an der Technischen Fakultät einen Lehrstuhl für Kohlechemie einzurichten⁷¹.

Im Verlauf des Jahres 1929 verdichteten sich dann Gerüchte, daß die Kulturverwaltung keinerlei Bemühungen anstelle, um staatlicherseits einen finanziellen Beitrag für die Erweiterungspläne der Münsteraner Universität sicherzustellen. Namentlich den Bergbau-Verein, dessen erst ablehnde, dann abwartende, dann bedingt zustimmende Haltung zu den Angliederungsplänen seit 1925 offenkundig geworden war, und der – nur um der „Eisenseite“ nicht den entscheidenden Einfluß zu überlassen – unter Vorbehalt 200 000 RM in Aussicht gestellt hatte, befiel zusehends Unruhe: „Ganz unzweifelhaft ist bisher bei der Zurverfügungstellung privater Gelder immer nur von einem Zuschuß gesprochen worden, während die Finanzierung des Projektes als solches . . . selbstverständlich dem Staat obliegen sollte. Es interessiert uns daher die Frage, welche Pläne beim Ministerium bestehen und ob eine Gewähr dafür vorhanden ist, daß die ursprünglichen Absichten auch tatsächlich durchgeführt werden“⁷². Im selben Zuge wurde die Fachgruppe nicht müde, den Bergbau-Verein darauf hinzuweisen, daß ihre Gremien die Münsterschen Pläne nach wie vor strikt ablehnten⁷³. Brandi gewann im Juli 1929 nach einer Unterredung mit dem preußischen Kultusminister Becker den Eindruck, daß der Staat sich ganz auf die Finanzierung des Projektes durch die Industrie und Dritte verließ⁷⁴. Ende 1930 standen sich sozusagen Gerüchte über einen beabsichtigten „Frontalvorstoß“ der preußischen Regierung wie vermeintliche Äußerungen der Ministerialbürokratie über die Undurchführbarkeit der Pläne gegenüber⁷⁵. In einer kleinen Anfrage wollte der Abgeordnete Dr. Losenhausen von der Deutschen Volkspar-

tei von der preußischen Staatsregierung Auskunft, ob es stimme, daß die Angliederung einer technischen Fakultät in Münster nicht mehr im Rahmen des Etats des preußischen Kultusministeriums, sondern über einen Privatvertrag mit den Stiftern (Stadt Münster, Provinz Westfalen, Westfälische Industrie) verwirklicht werden solle⁷⁶.

Nachdem der Vorstand des Bergbau-Vereins in seiner Sitzung am 1. Dezember 1930 sich dahingehend ausgesprochen hatte, auf das Kultusministerium einzuwirken, daß es angesichts der schwierigen wirtschaftlichen Lage Abstand von der Verwirklichung der Münsterschen Pläne nähme, ging von seinem Vorsitzenden Brandi die Initiative zum Rückzug der gesamten westfälischen Industrie aus dem Projekt und damit auch zum Abbruch aller weiteren Schritte aus⁷⁷. Insofern nahm das Projekt, was die Stellung und die Beteiligung des Bergbaus daran betrifft, doch noch einen folgerichtigen und einen von Anbeginn erwünschten Verlauf: In einem gemeinsam unterzeichneten Schreiben von Jucho, Vögler und Brandi an den Minister für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung vom 18. Dezember 1930 zogen sie ihre zugesagte Unterstützung von 1 000 000 Mark für die Einrichtung einer technischen Fakultät zurück.

ANMERKUNGEN

1. Vgl. De la Sauce, W.: Zur Frage der Ueberfüllung des Bergbaustudiums, in: Braunkohle, 23, 1925, S. 996.
2. Vgl. dazu Vieffhaus, Erwin: Ingenieure in der Weimarer Republik: Bildungs-, Berufs- und Gesellschaftspolitik 1918 bis 1933, in: Ludwig, Karl-Heinz (Hrsg.): Technik, Ingenieure und Gesellschaft. Geschichte des Vereins Deutscher Ingenieure, Düsseldorf 1981, S. 315 ff. De la Sauce (1925), S. 995, gibt an: Während im Wintersemester 1913/14 insgesamt 650 Studierende das Bergfach belegt hatten, waren es 1923/24 auf den vier preußischen Hochschulen Aachen, Berlin, Breslau, Clausthal-Zellerfeld und auf der sächsischen Bergakademie Freiberg 1758 Studierende.
3. Über die publizistische Verbreitung dieser „Warnung“ vgl. De la Sauce (1925), S. 995, Anm. 1. Den Rückgang der Studentenzahlen im Wintersemester 1924/25 auf 1498 hielt man schon dieser Maßnahme zugute.
4. Vgl. ebd., S. 996.
5. Vgl. Manegold, Karl Heinz: Technische Forschung und Produktionsrecht. Zur Geschichte des „Dr.-Ing.“ und des Promotionsrechtes der Technischen Hochschulen in Deutschland, in: Technikgeschichte, 36, 1969, S. 291–300.
6. Vgl. König, Wolfgang: Die Ingenieure und der VDI als Großverein in der wilhelminischen Gesellschaft 1900–1918, in: Ludwig (1981), S. 235–288.

7. Vgl. Rheinisch-Westfälische Technische Hochschule Aachen 1870/1970 (fortan: RWTHA), Bd. 1, Stuttgart 1970, S. 83 ff.
8. Vgl. Düwell, Kurt: Die Neugestaltung der Technischen Hochschulen nach dem Ersten Weltkrieg, in: Technikgeschichte, 36, 1969, S. 220–244.
9. Vgl. Vieffhaus (1981).
10. 1862–1945. Studium in Freiberg und Clausthal, 1904–1929 Ordinarius in Aachen, – vgl. RWTHA, Bd. 1, S. 255.
11. Vgl. ebd., S. 88 sowie Bassier, Reinhard: Das Studium des Bergfachs in Aachen. Die Geschichte der heutigen Fachabteilung bis 1945, in: Der Anschnitt, 33, 1981, S. 69–77.
12. Vermutlich wurden die ersten konkreten Gespräche 1925 aufgenommen.
13. Vgl. Reichshandbuch der deutschen Gesellschaft, Bd. 2, Berlin 1930, S. 1622.
14. 1877–1945. Studium des Maschinenwesens TH Karlsruhe, 1906 Direktor der Dortmunder Union, 1915 Generaldirektor, 1926 Vorstandsvorsitzender der Vereinigte Stahlwerke AG, 1940 Aufsichtsratsvorsitzender; 1917–1936 Vorsitzender des Vereins deutscher Eisenhüttenleute; u. a. Präsident der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaften, – vgl. Nekrologe aus dem Rheinisch-Westfälischen Industriegebiet, Jg. 1939–1951, Düsseldorf 1955, S. 121 ff. sowie von Klass, Gert: Albert Vögler, Tübingen 1957.
15. 1865–1932. 1912 Generaldirektor des Köln-Neuessener Bergwerksvereins, 1920 Dr.-Ing. e. h., – vgl. Serlo, Walter: Die preußischen Bergassessoren, 5. Aufl., Essen 1938, Nr. 382.
16. Vögler an Winkhaus, vom 3. 8. 1925 (Abschrift), in: Bergbau-Archiv beim Deutschen Bergbau-Museum, Bestand 13: Bergbau-Verein/Zechenverband/Bezirksgruppe Ruhr, Essen, Nr. 1727. Alle Schriftstücke, bei denen im folgenden kein zusätzlicher Herkunftsnachweis angegeben ist, entstammen diesem Aktenband.
17. Krüss an Vögler vom 19. 6. 1925.
18. Vgl. Entwurf, S. 3.
19. Vgl. ebd., S. 5.
20. Universitätsarchiv Münster, X A I 14 Spec. Bd. II.
21. Stellungnahme Brandt vom 14. 6. 1927.
22. Nicht gezeichnete Stellungnahme zum Standort des Ruhrbezirks für eine Hochschule.
23. Sitzungsniederschrift vom 22. 12. 1924 (Auszug).
24. Pinkerneil an von Loewenstein vom 8. 5. 1926.
25. Von Loewenstein an Pinkerneil vom 11. 5. 1926.
26. Vgl. dazu Rürup, Reinhard (Hrsg.): Wissenschaft und Gesellschaft. Beiträge zur Geschichte der Technischen Universität Berlin 1879–1979, 2 Bde., Berlin/Heidelberg/New York 1979.
27. Stellungnahme von Winkhaus in der Sitzung in Münster am 26. 6. 1926.
28. 1869–1946. 1910–1936 Ordinarius für Bergbauwissenschaften, 1932/33 Rektor, – vgl. Strunz, Hugo: Von der Bergakademie zur Technischen Universität Berlin, 1770–1970, Berlin 1970, S. 76.
29. Hölling an von Loewenstein vom 25. 5. 1926.
30. Auszug aus der Niederschrift der Sitzung vom 15. 6. 1926.
31. Aktenvermerk Winkhaus vom 29. 6. 1926.
32. Aktenvermerk Winkhaus vom 9. 7. 1926.
33. Dagegen gehörten die Technischen Hochschulen und Universitäten zum Ressort des Ministers für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung.
34. Hölling an von Loewenstein vom 21. 6. 1926.
35. Vgl. Vorlesungsverzeichnis der Universität Münster für das WS 1927/28.
36. Vgl. Grundsätze für die Gründung einer „Arbeitsgemeinschaft“ zwischen dem Rheinisch-Westfälischen Steinkohlenbergbau und der Lehr- und Forschungsstelle für Chemie und Technologie der Kohle an der Universität Münster vom 26. 7. 1926.
37. Vgl. Berichte der Gesellschaft für Kohletechnik, H. 1, 1921 ff.
38. Hoffmann war Ordinarius für vergleichende Sprachwissenschaft.
39. Aktenvermerk Winkhaus vom 29. 7. 1926. Vgl. dazu Aumund, Heinrich: Das Studium der Technik und Wirtschaft in den Vereinigten Staaten von Amerika, in: Zs. des VDI, 70, 1926, S. 109–115 und S. 229–337.
40. Vgl. Aktenvermerk Winkhaus vom 29. 6. 1926.
41. Vervielfältigtes Exemplar o. D.
42. Vgl. auch RWTHA, Bd. 1, S. 93 ff.
43. Schreiben der Fakultät für Stoffwirtschaft an den Minister für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung vom 3. 7. 1926 (Abschrift).
44. Abschrift des Aushangs vom 16. 8. 1926.
45. Wenig später bat Schwemann, der beide Vorgänge dem Bergbau-Verein zur Kenntnis gebracht hatte, von Loewenstein allerdings, diese Informationen vertraulich zu behandeln, da der Minister inzwischen sein Entgegenkommen erklärt hätte.
46. „Denkschrift über die geplante Angliederung von technischen Fakultäten an die Universität Münster“, Dezember 1926.
47. Schreiben an von Loewenstein vom 22. 5. 1926.
48. Tatsächlich wurde das Institut erst 1928 fertiggestellt, weil die Zahlungen des privaten Geldgebers, eines Berliner Fabrikanten namens Funke, ausblieben und der Staat das Gebäude fertigstellen mußte, vgl. Technische Universität Clausthal. Zur Zweihundertjahrfeier 1775–1975, Bd. 2, Clausthal-Zellerfeld 1975, S. 11.
49. Vgl. Glückauf, 62, 1926, S. 562–573, 601–610, 631–645.
50. 1871–1946. 1899 Obersteiger beim Mülheimer Bergwerksverein, 1900 Betriebsführer der Stinnes-Zechen Victoria Mathias und Mathias Stinnes, – vgl. Bergbau-Archiv, Bestand 51 (Nachlaß Carl Hold).
51. Vgl. zum folgenden Glückauf, 62, 1926, S. 607.
52. Vgl. zum folgenden Bericht des Ausschusses für bergmännisches Bildungswesen, in: Glückauf, 63, 1927, S. 1222–1229.
53. Vgl. auch Pütz, O.: Kritische Betrachtungen und Vorschläge zur Reform der Ausbildung des bergmännischen Nachwuchses, in: ebd., 62, 1926, S. 1373–1382.
54. Oberbergrat Dr.-Ing. Schütz und Gewerbeassessor Dr.-Ing. Nugel.
55. Vgl. Probst, E.: Aufgaben und Ziele der Technischen Hochschulen, Karlsruhe 1927. Er hatte sich in seiner Rektoratsrede vom Dezember 1926 für die Vermittlung eines breiten wissenschaftlichen Fundaments ausgesprochen, aber auch den eigenständigen wissenschaftlichen Anspruch der Technischen Hochschule bekräftigt.
56. Besprechungsniederschrift vom 12. 1. 1927, S. 3.
57. Schreiben vom 22. 1. 1927, in: Universitätsarchiv Münster X A I 14 Spec.
58. Schreiben vom 29. 1. 1927 (Abschrift), in: Universitätsarchiv Münster X A I 14 Spec.
59. Düsseldorfer Nachrichten vom 2. 8. 1927, in: Universitätsarchiv Münster X A I 14 Spec.
60. Sitzungsprotokoll vom 17. 6. 1927, in: ebd. Ende September 1927 waren von den westfälischen Handelskammern nur noch Arnsberg, Bielefeld, Bochum, Dortmund und Münster zu einer finanziellen Unterstützung bereit. Abgesagt hatten Minden, Altena, Siegen, Iserlohn, Lüdenscheid und Hagen, – vgl. Schreiben der HK Hagen vom 28. 9. 1927 an den Rektor der Universität Münster, in: ebd.
61. Vgl. die Äußerungen in: Rheinisch-Westfälische Zeitung vom 26. 6. 1927.
62. Rundschreiben Nr. 25 vom 8. 6. 1927.
63. Vgl. Sitzungsniederschrift vom 3. 6. 1927.
64. Schreiben an den Bergbau-Verein vom 1., 3. und 4. 6. 1927.
65. Schreiben Hölling an Bergbau-Verein vom 11. 7. 1927. Der westfälische Bergbau war in diesem Gremium vertreten durch Generaldirektor Dr. e. h. Erich Middendorf (DEA) und Generaldirektor Dr.-Ing. h. c. Carl Hold (Stinnes).
66. Sitzungsniederschrift vom 14. 7. 1927.
67. Ebd.
68. Winkhaus an den Rektor der Universität Münster (Entwurf, o. D.).
69. Vgl. Schreiben des Rektors an Winkhaus vom 24. 9. 1927.
70. Aktenvermerk von Brandt über die Sitzung vom 1. 11. 1927.
71. Schreiben vom 17. 7. 1928 (Abschrift), in: Universitätsarchiv Münster X A I 14 Spec.
72. Schreiben der Geschäftsführung des Bergbau-Vereins an die Fachgruppe Bergbau vom 2. 4. 1929.
73. Ebd.
74. Brandt an von Loewenstein vom 22. 7. 1929.
75. Geschäftsführung des Bergbau-Vereins an Brandt vom 5. 11. 1930.
76. Vgl. Kleine Anfrage Nr. 1813 vom 12. 11. 1930 (Abschrift). Die Antwort ist in den ausgewerteten Akten leider nicht belegt.
77. Vgl. Sitzungsniederschrift vom 1. 12. 1930.

Anschrift der Verfasserin:

Dr. Evelyn Kroker, M. A.

Deutsches Bergbau-Museum Bochum

Am Bergbaumuseum 28

D-4630 Bochum 1